



Ratsmitglieder fraktionslos

Wottrich, Sven fraktionslos

**Es fehlten entschuldigt:**Ratsmitglieder CDU

Schleicher, Reinhard CDU

Ratsmitglieder FDP

Körbel, Emmi FDP

Ratsmitglieder UWG

Abstoß, Christian UWG

Schellberg, Wolfgang UWG

Ratsmitglieder fraktionslos

Gumprich, Dieter fraktionslos

Verwaltung:

Dreiner, Christoph

Garn, Thomas

Kranenberg, Eva

Schorde, Susanne

Woywod, Simon

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

**Öffentliche Sitzung:**

<b>1</b>	<b>Einwohnerfragen gem. § 20 der Geschäftsordnung</b>	
----------	-------------------------------------------------------	--

Es stellen sich keine Fragen.

<b>2</b>	<b>Befreiung Gesamtabschluss</b>	Drucksache Nr. <b>BV/015/20</b>
----------	----------------------------------	------------------------------------

Herr Woywod erläutert kurz, dass das neue Gesetz erstmals für den Gesamtabschluss zum 31.12.2019 gilt, da es erst nach Beschluss des Jahresabschlusses 2018 erlassen worden sei.

Fragen stellen sich keine.

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Rat beschließt, dass kein Gesamtabschluss aufzustellen ist, da die Voraussetzungen des § 116 GO vorliegen.	

<b>3</b>	<b>Ermächtigungsübertragungen 2019/2020</b>	Drucksache Nr. <b>BV/004/20</b>
----------	---------------------------------------------	------------------------------------

Herr Woywod erläutert kurz, dass lediglich im investiven Bereich leichte Verschiebungen bzw. Änderungen übertragen werden müssen.

RM Jaeger regt für die Zukunft nochmals an, diese Übertragungen möglichst zu begrenzen und bereits im Haushaltsplan zu berücksichtigen, damit eine bessere Übersicht und Prüfung durch den Rat erfolgen könne.

Weitere Fragen stellen sich nicht.

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Rat beschließt die Ermächtigungsübertragungen aus Mitteln des Haushaltsjahres 2019 in Höhe von 2.409.932,95 Euro für die Finanzrechnung nach 2020.	

<b>4</b>	<b>Finanzzwischenbericht</b>	Drucksache Nr.
----------	------------------------------	----------------

Frau Kranenberg führt aus, dass in Kürze mit der Genehmigung des Haushaltsplanes 2020 durch die Kommunalaufsicht zu rechnen sei. Alle Zeichen deuten darauf hin, dass auch das vorletzte Jahr im Stärkungspakt ausgeglichen abgeschlossen werden kann und ein positives Jahresergebnis im sechsstelligen Bereich erzielt werden kann.

Der Jahresabschluss 2019 wird gegenwärtig erstellt und die Feststellung soll noch vor der Sommerpause erfolgen.

**Übersicht über die 10 wichtigsten Haushaltspositionen Februar 2020**

	Stand Febr./2019	Stand Febr./2020	Vergleich +/-	Ansatz 2020	Abweichung +/-
1 <b>Gewerbsteuer</b>	8.198.344 €	7.120.791 €	- 1.077.553 €	7.013.277 €	107.514 €
2 <b>Grundsteuer B</b>	2.736.076 €	2.791.436 €	55.360 €	2.831.158 €	39.722 €
3 <b>Einkommenssteuer</b>	- €		- €	7.163.894 €	7.163.894 €
4 <b>Umsatzsteuer</b>	- €		- €	967.412 €	967.412 €
5 <b>Benutzungsgebühren</b>	3.584.305 €	3.589.426 €	5.121 €	4.057.170 €	467.744 €
6 <b>Personalaufwendungen</b>	379.115 €	355.726 €	- 23.389 €	4.647.890 €	4.292.164 €
7 <b>Sach- und Dienstleistungen</b>	440.260 €	405.527 €	- 34.733 €	7.834.428 €	7.428.901 €
8 <b>Kreisumlage</b>	1.962.743 €	2.106.897 €	144.154 €	12.748.493 €	10.641.596 €
9 <b>Sonstige Aufwendungen</b>	189.184 €	253.953 €	64.769 €	1.320.880 €	1.066.927 €
10 <b>Zinsen</b>	6.585 €	6.447 €	- 138 €	705.000 €	698.553 €

<b>5</b>	<p><b>14. Änderung des Bebauungsplans Nr. 48 "Gewerbegebiet Kalsbach-Kotthäuserhöhe";</b>  <b>a) Ergebnis der Beteiligungsverfahren gem. §13 a i.V.m. § 13 Abs. 2 und 3 bzw. §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB</b>  <b>b) Satzungsbeschluss</b></p>	<p>Drucksache Nr.  <b>BV/013/20</b></p>
----------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------

Der Rat hat keine weiteren Fragen.

<b>Beschluss:</b>	<p>Abstimmungsergebnis:  einstimmig</p>
<p>a) Über die Stellungnahmen, die während der Beteiligungsverfahren gem. § 13 a Abs. 2 i.V. mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 bzw. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragen wurden, wird wie in der beigefügten Liste dargelegt, abgewägt und beschlossen.</p> <p>b) Die 14. Änderung gem. § 13a BauGB des Bebauungsplans Nr. 48 „Gewerbegebiet Kalsbach-Kotthäuserhöhe“, wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB vom 03.11.2017 (BGBl. I S.3634) in Verbindung mit § 7 GONW (GV NRW S. 666/SGV.NRW 2023) in der zuletzt geltenden Fassung als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplanänderung ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigefügt.</p>	

<b>6</b>	<b>30. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 25 "Ortskern Marienheide", gem. § 13 a BauGB; a) Ergebnis der Beteiligungsverfahren gem. § 13 a i.V.m. § 13 Abs. 2 und 3 bzw. §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB; b) Satzungsbeschluss</b>	Drucksache Nr. <b>BV/001/20</b>
----------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

RM Maurer erkundigt sich, ob die Machbarkeitsstudie betreffend der Bahnlinie RB 25 bereits vorliegt.

Verwaltungsseitig wird ausgeführt, dass bisher ein Vorentwurf ausgearbeitet sei, allerdings derzeit noch weitere Variantenuntersuchungen laufen.

Sobald ein abschließendes Gutachten vorliegt, werde dieses dem Rat vorgestellt.

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>c) Über die Stellungnahmen, die während der Beteiligungsverfahren gem. § 13 a Abs. 2 i.V. mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 bzw. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragen wurden, wird wie in der beigefügten Liste dargelegt, abgewägt und beschlossen.</p> <p>d) Die 30. Änderung und Erweiterung gem. § 13a BauGB des Bebauungsplans Nr. 25 „Ortskern Marienheide“, wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB vom 03.11.2017 (BGBl. I S.3634) in Verbindung mit § 7 GONW (GV NRW S. 666/SGV.NRW 2023) in der zuletzt geltenden Fassung als Satzung beschlossen. Eine Begründung gem. § 9 Abs. 8 BauGB ist beigefügt.</p>	

<b>7</b>	<b>Anträge</b>	
----------	----------------	--

<b>7.1</b>	<b>Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Fraktion, Aufstellung eines Klimaschutzkonzeptes für Marienheide und Einrichtung einer Stelle einer/eines Klimaschutzbeauftragten</b>	Drucksache Nr. <b>AT/018/20</b>
------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

RM Zander-Wörner spricht nochmals die neuen Fördermöglichkeiten für eine derartige Stelle an und appelliert dafür, eine solche Stelle einzurichten.

Danach geben die Fraktionen ihr Meinungsbild ab. CDU-, SPD- und FDP-Fraktionen werden dem Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Fraktion zustimmen.

Bürgermeister Meisenberg unterstützt ebenfalls den vorliegenden Antrag und führt ergänzende Erläuterungen zum derzeitigen Stellenplan aus. Eine derzeit nicht

besetzte Stelle sei bereits u.a. für den Bereich „Klimaschutz“ eingeplant. Durch die Fördermöglichkeiten könnten nun insgesamt 2 Stellen besetzt werden, wovon die geförderte Stelle für 2 Jahre (verlängerbar auf 3 Jahre) befristet sei.

Fragen des Rates werden beantwortet.

Bürgermeister Meisenberg verliest einen Beschlussvorschlag.  
Diesem Vorschlag stimmt der Rat zu und stimmt entsprechend ab.

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig ein Klimaschutzmanagement im Sinne der „Kommunalrichtlinie“ vom 05.12.2019 aufzubauen. Im Einzelnen gehören dazu die Beantragung der entsprechenden Fördermittel für den Aufbau eines Klimaschutzmanagements, die Einstellung eines Klimaschutzmanagers m/w/d sowie die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, organisatorische Maßnahmen zu ergreifen, die Aufgabe des Klimaschutzes als dauerhafte Aufgabe in der Verwaltungsorganisation abzubilden.</p>	

<b>7.2</b>	<b>Antrag der SPD-Fraktion vom 01.02.2020; Ausschreibung eines Projektentwicklerwettbewerbs zum Franz-Dohrmann-Haus</b>	Drucksache Nr. <b>AT/020/20</b>
------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

RM Kramer erläutert für die SPD-Fraktion, dass diese weiterhin ein starkes Interesse an einer Schaffung eines Bürgerhauses im ehemaligen Franz-Dohrmann-Haus habe. Die bereits vorliegenden Ideen könnten in einem Wettbewerb erneut auf den Prüfstand gestellt werden, um so eine optimale Nutzung, evtl. mit noch weiteren neuen Ideen, zu finden.

Bürgermeister Meisenberg führt aus, dass es bereits neue Nutzungsideen für das Objekt gibt, welche im nicht-öffentlichen Teil der heutigen Sitzung erläutert werden.

Die SPD-Fraktion stellt daraufhin ihren Antrag zunächst zurück.

<b>8</b>	<b>Ausgeführte Ratsbeschlüsse seit der letzten Ratssitzung am 27.11.2019</b>	Drucksache Nr. <b>IV/003/20</b>
----------	------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

RM Kemper hat eine Nachfrage zu TOP 11 „Hundesteuersatzung“ der ausgeführten Ratsbeschlüsse.

Sonstige Nachfragen ergeben sich nicht.

Der Rat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

<b>9</b>	<b>Mitteilungen und Verschiedenes</b>	
----------	---------------------------------------	--

RM Berges erkundigt sich nach dem Treppenlift und dem entsprechenden „Bedienungspersonal“ und schlägt vor, einen „Rufknopf“ zu installieren, damit die hilfebedürftige Person das entsprechende Personal rufen kann.  
Verwaltungsseitig wird die Anregung aufgenommen und geprüft.

Vorsitzender:

Schriftführerin:

gez.  
Stefan Meisenberg  
Bürgermeister

gez.  
Susanne Schorde